

Gesetz-Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

— No. 4. —

(No. 267.) Patent wegen Besiznahme der Herzogthümer Cleve, Berg, Geldern,
des Fürstenthums Moers und der Grafschaften Essen und Werden.
Vom 5ten April 1815.

**Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen u. u.**

Thun gegen Jedermann hiermit kund:

Bermöge der Uebereinkunft, welche Wir mit den am Kongresse zu Wien
Theil nehmenden Mächten abgeschlossen haben, sind Uns zur Traktatenmäßigen
Entschädigung und zur Vereinigung mit Unserer Monarchie, das vormalige
Großherzogthum Berg und ein Theil der Provinzen am linken Rheinufer
überwiesen worden, auf welche Frankreich durch den Friedenstraktat von Paris
vom 30sten Mai 1814. Art. III. Verzicht geleistet hat.

Dem zufolge nehmen Wir durch gegenwärtiges Patent in Besiz und
einverleiben Unserer Monarchie mit allen Rechten der Landeshoheit und Ober-
herrlichkeit, und mit ihren gesammten Zubehörden nachstehende Länder und
Ortschaften:

1. Von dem ehemaligen Departement Nieder-Maas, den Kanton
Cruchten, oder Nieder-Cruchten, und denjenigen kleinen Theil des Kantons
Roermonde, der östlich einer Linie liegt, welche aus dem einspringenden
Winkel bei Melich gegen die nordwestliche Ecke des Kantons Cruchten ge-
zogen wird.

2. Von dem ehemaligen Departement Roer, die Kantone Odenkirchen,
Elfen, Dormagen, Neuß, Neersen, Biersen, Bracht, Kempen, Crevelb,
Uerdingen, Moers, Rheinbergen, Xanten, Calcar, Cleve ganz, und die
Kantone Cranenburg, Goch, Geldern und Wankum, mit Ausschluß derje-
nigen Ortschaften, welche weniger als eine halbe deutsche Meile oder Eintau-
send Rheinländische Ruthen von dem Strombette der Maas entfernt liegen.

Jahrgang 1815.

D

3. Auf

(Ausgegeben zu Berlin den 18ten April 1815.)

3. Auf dem rechten Rheinufer die Kantone Emmerich, Rees, Rینگenberg, Dinslaken, Duisburg, mit den zugeschlagen gewesenen Gemeinden der Aemter Broich und Styrum; ferner die Kantone Werden, Essen, Düsseldorf, Ratingen, Velbert, Mettmann, Richrath, Opladen, Elberfeld, Barmen, Ronsdorff, Lenep, Wipperfurth, Vermelskirchen und Solingen.

Wir vereinigen diese Länder mit Unsern Staaten, unter Herstellung der alten Benennungen, der Herzogthümer Cleve, Berg und Geldern, des Fürstenthums Moers und der Grafschaften Essen und Werden, und fügen die genannten Titel derselben Unsern Königlichen Titeln zu.

Wir lassen an den Grenzen zur Bezeichnung Unserer Landeshoheit die Preussischen Adler aufrichten, an die Stelle früher angehefteter Wappen Unser königliches Wappen anschlagen, und die öffentlichen Siegel mit dem Preussischen Adler versehen.

Wir gebieten allen Einwohnern dieser von Uns in Besitz genommenen Länder jedes Standes und Ranges, Uns forthin als ihren rechtmäßigen König und Landesherrn anzuerkennen, Uns und Unsern Nachfolgern den Eid der Treue zu leisten, und Unsern Gesetzen, Verfügungen und Befehlen mit Gehorsam und pflichtmäßiger Ergebenheit nachzuleben.

Wir versichern sie dagegen Unseres würksamsten Schutzes ihrer Personen, ihres Eigenthums und ihres Glaubens, sowohl gegen äußern feindlichen Angriff, als im Innern durch eine schnelle und gerechte Justizpflege, und durch eine regelmäßige Verwaltung der Landes-, Polizei- und Finanz-Behörden. Wir werden sie gleich allen Unsern übrigen Unterthanen regieren, die Bildung einer Repräsentation anordnen, und Unsere Sorge auf die Wohlfahrt des Landes und seiner Einwohner gerichtet seyn lassen.

Die angestellten Beamten bleiben bei vorausgesetzter treuer Verwaltung, auf ihren Posten und im Genuße ihrer Einkünfte; auch wird jede öffentliche Stelle so lange, bis Wir eine andere Einrichtung zu treffen zweckmäßig finden, in der bisherigen Art verwaltet. Da die Verhältnisse Uns nicht gestatten, die Erbhuldigung persönlich anzunehmen; so haben Wir Unsern General-Lieutenant, Grafen von Gneisenau, und Unsern Geheimen Staatsrath Sack, hiezu beauftragt, und sie bevollmächtigt, in Unserm Namen die deshalb erforderlichen Verfügungen zu treffen.

Des zu Urkund haben Wir dieses Patent eigenhändig vollzogen, und mit Beidrückung Unseres Königlichen Insiegels bestärken lassen.

Gegeben Wien, den 5ten April 1815.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg.

(No. 268.)

(No. 268.) Patent wegen Besignahme des Großherzogthums Nieder-Rhein. Vom
5ten April 1815.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen &c. &c.

Thun gegen Jedermann hiermit kund:

Vermöge der Uebereinkunft, welche Wir mit den am Kongresse zu Wien Theil nehmenden Mächten abgeschlossen haben, sind Uns zur Traktatmäßigen Entschädigung und zur Vereinigung mit Unserer Monarchie das vormalige Großherzogthum Berg, und ein Theil der Provinzen am linken Rheinufer überwiesen worden, auf welche Frankreich durch den Friedenstraktat von Paris vom 30sten Mai 1814 Artikel III. Verzicht geleistet hat.

Dem zufolge nehmen Wir durch gegenwärtiges Patent in Besitz und einverleiben Unserer Monarchie mit allen Rechten der Landeshoheit und Oberherrlichkeit, und mit ihren gesammten Subehörden, nachstehende Länder und Ortschaften:

1. Das ganze ehemalige Departement Rhein und Mosel, aus den Kantonen Bonn, Rheinbach, Ahrweiler, Runagen, Wehr, Albenau, Ulmen, Birneburg, Mayen, Andernach, Rubenach, Coblenz, Polch, Münster, Kaisersesch, Cochem, Luzerat, Zell, Treis, Boppard, St. Goar, Castellaun, Simmern, Bacharach, Stromberg, Creuznach, Cobernheim, Kirn, Kirchberg und Trarbach bestehend.

2. Von dem vormaligen Departement Saar, die nachfolgenden Kantone: Neiferscheid, Blankenheim, Lyffendorf, Schönberg, Prüm, Kyllburg, Gerolstein, Daun, Manderscheid, Wittlich, Schweich, Pfälzel, Trier, Konz, Hermeiskeil, Budelich, Berncastel, Rhaunem, Herstein, Meienheim, und diejenigen Theile der Kantone Grumbach, Baumholder und Birkenfeld, welche nordwärts einer Linie liegen, die von Medart über Merzweiler, Langweiler, Nieder- und Ober-Jeckenbach, Ellenbach, Breunchenborn, Answeiler, Kronweiler, Niederbrambach, Burbach, Böschweiler, Heubweiler, Hambach und Ringenberg an die Grenzen des Kantons Hermeiskeil gezogen wird. Die eben genannten Ortschaften mit ihren Feldmarken und Zubehör sind in die gedachte Linie mit eingeschlossen, und sind zu Unsern Staaten gehörige Grenzüörter.

3. Von dem vormaligen Departement der Wälder (des forêts) denjenigen Theil, der auf dem linken Ufer der Dur oder Duren bis zu ihrem Einflusse in die Sure oder Saure, dann von da auf dem linken Ufer der Sure bis zu ihrem Einflusse in die Mosel, und von da bis zum Einflusse der Saar auf dem linken Ufer der Mosel liegt; folglich die Kantone Dubeldorf, Bit-

burg, Neuerburg und Arzfeld ganz, und von den Kantonen Grevenmachern, Echternach, Vianden und Clervaux diejenigen Theile, welche die gedachten Flüsse in der eben erwähnten Art abschneiden.

4. Von dem ehemaligen Departement Ourthe die Kantone St. Vith, Malmedy, Cronenburg, Schleyden und Eupen, und den kleinen Theil des Kantons Auluel, welchen die große Landstraße zwischen Hergenrael und Achen durchschneidet, mit Inbegriff dieser Straße selbst zwischen den genannten Orten.

5. Von dem ehemaligen Departement Nieder-Maas denjenigen Theil des Kantons Molbuc oder Herzogenrath, welcher auf dem östlichen oder rechten Ufer des Baches Worm liegt.

6. Von dem ehemaligen Departement Roer die Kantone Achen, Burscheid, Eschweiler, Montjoye, Düren, Froizheim, Gemünd, Zulpich, Lechenich, Brühl, Cöln, Weyden, Kerpen, Jülich, Linnich, Geilenkirchen, denjenigen Theil des Kantons Sittard, der westlich von einer Linie über Hillensberg, Wehr, Willen, Havert auf Waldseucht, sämtliche vorgenannte Orte mit ihren Feldmarken zu Preußen einschließend, liegt, dann die Kantone Heinsberg, Erkelenz und Bergheim.

7. Von dem ehemaligen Großherzogthume Berg die Kantone Mühlheim, Bensberg, Lindlar, Siegburg, Honnef, Königswinter, Eytorf, Walbroel, Wilbenburg, Homburg und Gummersbach.

Wir vereinigen diese Länder unter der Benennung des Großherzogthums Nieder-Rhein, und fügen den Titel eines Großherzogs vom Nieder-Rhein Unsern Königlichen Titeln hinzu.

Wir lassen an den Grenzen zur Bezeichnung Unserer Landeshoheit die preußischen Adler aufrichten, an die Stelle früher angehefteter Wappen Unser Königlichcs Wappen anschlagen, und die öffentlichen Siegel mit dem preußischen Adler versehen.

Wir gebieten allen Einwohnern dieser von Uns in Besitz genommenen Länder jedes Standes und Ranges Uns forthin als ihren rechtmäßigen König und Landesherrn anzuerkennen, Uns und Unsern Nachfolgern den Eid der Treue zu leisten, und Unsern Gesetzen, Verfügungen und Befehlen mit Gehorsam und pflichtmäßiger Ergebenheit nachzuleben.

Wir versichern sie dagegen Unseres würksamsten Schutzes ihrer Personen, ihres Eigenthums, und ihres Glaubens, sowohl gegen äußern feindlichen Angriff, als im Innern durch eine schnelle und gerechte Justizpflege, und durch eine regelmäßige Verwaltung der Landes-, Polizei- und Finanz-Behörden. Wir werden sie gleich allen Unsern übrigen Unterthanen regieren, die Bildung einer Repräsentation anordnen, und Unsere Sorge auf die Wohlfahrt des Landes und seiner Einwohner gerichtet seyn lassen.

Die angestellten Beamten bleiben bei vorausgesetzter treuer Verwaltung auf ihren Posten und im Genuße ihrer Einkünfte; auch wird jede öffentliche Stelle so lange, bis Wir eine andere Einrichtung zu treffen zweckmäßig finden, in der bisherigen Art verwaltet.

Da die Verhältnisse Uns nicht gestatten, die Erbhuldigung persönlich anzunehmen: so haben Wir Unsern General-Lieutenant Grafen v. Gneisenau und Unsern Geheimen Staatsrath Sack hierzu beauftragt, und sie bevollmächtigt, in Unserm Namen die deshalb erforderlichen Verfügungen zu treffen.

Des zu Urkund haben Wir dieses Patent eigenhändig vollzogen, und mit Beidrückung Unseres Königlichen Insignels bestärken lassen.

Gegeben Wien, den 5ten April 1815.

(L.S.)

Friedrich Wilhelm.

C. Fürst v. Hardenberg.

(No. 269.) An die Einwohner der mit der preussischen Monarchie vereinigten Rheinländer.
Vom 5ten April 1815.

Als Ich dem einmüthigen Beschluß der zum Kongreß versammelten Mächte, durch welchen ein großer Theil der deutschen Provinzen des linken Rheinufers Meinen Staaten einverleibt wird, Meine Zustimmung gab, ließ Ich die gefährvolle Lage dieser Grenzlande des deutschen Reichs, und die schwere Pflicht ihrer Vertheidigung nicht unerwogen. Aber die höhere Rücksicht auf das gesammte deutsche Vaterland entschied Meinen Entschluß. Diese deutschen Urländer müssen mit Deutschland vereinigt bleiben; sie können nicht einem andern Reich angehören, dem sie durch Sprache, durch Sitten, durch Gewohnheiten, durch Gesetze fremde sind. Sie sind die Vormauer der Freiheit und Unabhängigkeit Deutschlands, und Preußen, dessen Selbstständigkeit seit ihrem Verluste hart bedroht war, hat eben so sehr die Pflicht, als den ehrenvollen Anspruch erworben, sie zu beschützen und für sie zu wachen. Dieses erwog Ich und auch, daß Ich meinen Völkern ein treues, männliches, deutsches Volk verbrüdere, welches alle Gefahren freudig mit ihnen theilen wird, um seine Freiheit, so wie sie und mit ihnen, in entscheidenden Tagen zu behaupten. So habe Ich denn im Vertrauen auf Gott und auf die Treue und

und den Muth meines Volks diese Rheinländer in Besitz genommen, und mit der preußischen Krone vereinigt.

Und so, Ihr Einwohner dieser Länder, trete Ich jetzt mit Vertrauen unter Euch, gebe Euch Eurem deutschen Vaterlande, einem alten deutschen Fürstentamme wieder, und nenne Euch Preußen!

Kommt Mir mit redlicher, treuer und beharrlicher Anhänglichkeit entgegen.

Ihr werdet gerechten und milden Gesetzen gehorchen.

Eure Religion, das Heiligste, was dem Menschen angehört, werde Ich ehren und schützen. Ihre Diener werde Ich auch in ihrer äußern Lage zu verbessern suchen, damit sie die Würde ihres Amtes behaupten.

Ich werde die Anstalten des öffentlichen Unterrichts für Eure Kinder herstellen, die unter den Bedrückungen der vorigen Regierung so sehr vernachlässigt wurden. Ich werde einen bischöflichen Sitz, eine Universität und Bildungsanstalten für Eure Geistlichen und Lehrer unter Euch errichten.

Ich weiß, welche Opfer und Anstrengungen der fortgedauerte Kriegszustand Euch gekostet. Die Verhältnisse der Zeit gestatteten nicht, sie noch mehr zu mildern, als geschehen ist. Aber Ihr müßt es nicht vergessen, daß der größte Theil dieser Lasten noch aus der früheren Verbindung mit Frankreich hervorging, daß die Losreißung von Frankreich nicht ohne die unvermeidlichen Beschwerden und Unfälle des Krieges erfolgen konnte, und daß sie nothwendig war, wenn Ihr Euch und Eure Kinder in Sprache, Sitten und Gesinnungen deutsch erhalten wolltet.

Ich werde durch eine regelmäßige Verwaltung des Landes den Gewerbefleiß Eurer Städte und Eurer Dörfer erhalten und beleben. Die veränderten Verhältnisse werden einem Theil Eurer Fabrikate den bisherigen Absatz entziehen; Ich werde, wenn der Friede vollkommen hergestellt seyn wird, neue Quellen für ihn zu eröffnen bemüht seyn.

Ich werde Euch nicht durch die öffentlichen Abgaben bedrücken. Die Steuern sollen mit Eurer Zuziehung regulirt und festgestellt werden, nach einem allgemeinen, auch für Meine übrigen Staaten zu entwerfenden Plan.

Die Militair-Verfassung wird, wie in Meiner ganzen Monarchie, nur auf die Vertheidigung des Vaterlandes gerichtet seyn, und durch die Organisation einer angemessenen Landwehr werde Ich in Friedenszeiten dem Lande die Kosten der Unterhaltung eines größeren stehenden Heeres ersparen.

Im Kriege muß zu den Waffen greifen, wer sie zu tragen fähig ist. Ich darf Euch hiezu nicht aufrufen. Jeder von Euch kennt seine Pflicht für das Vaterland und für die Ehre.

Der Krieg droht Euren Grenzen. Um ihn zu entfernen, werde Ich allerdings augenblickliche Anstrengungen von Euch fordern. Ich werde einen
Theil

Theil Meines stehenden Heeres aus Eurer Mitte wählen, die Landwehr auf-
bieten und den Landsturm einrichten lassen, wenn die Nähe der Gefahr es
erfordern sollte.

Aber gemeinschaftlich mit Meinem tapfern Heer, mit Meinen andern
Völkern vereinigt, werdet Ihr den Feind Eures Vaterlandes besiegen, und
Theil nehmen an dem Ruhm, die Freiheit und Unabhängigkeit des deutschen
Reichs auf lange Jahrhunderte dauernd gegründet zu haben.

Wien, den 5ten April 1815.

Friedrich Wilhelm.

(No. 270.) Verordnung wegen der in den Steuern zu zahlenden Tresor- und Thalerscheine.
Vom 7ten April 1815.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von
Preußen. *rc. rc.*

Thun kund und fügen hiermit zu wissen:

Im Verfolg Unserer Verordnung vom 1sten März d. J., wegen der Rea-
lisation und des Umlaufs der Tresor- und Thalerscheine, und um den dadurch be-
absichtigten Zweck früher zu erreichen, setzen Wir hierdurch Folgendes fest:

§. 1.

Die in dem §. 2. der gedachten Verordnung enthaltene Bestimmung, daß
vom 1sten künftigen Monats an, die Hälfte der Grund-, Gewerbe- und Perso-
nensteuer in Tresor- und Thalerscheinen zu entrichten ist, wird hierdurch auf alle
und jede kurrente und rückständige Steuern und Abgaben ohne Unterschied, so
weit dieselben in Silberfourant zu bezahlen sind, ausgedehnt; so daß vom
vorbemeldeten Dato an, die gedachte Hälfte unter keinem Vorwande anders
als in Tresor- und Thalerscheinen angenommen, oder die Zahlung zurückge-
halten werden kann.

§. 2.

Von denjenigen Steuerschuldigen, welche vorstehender Bestimmung un-
geachtet, ihren ganzen Steuerbetrag in klingendem Gelde entrichten, soll für
denjenigen Antheil, welchen sie in Tresor- und Thalerscheinen zu entrichten
schuldig sind, ein Straf-Algio von Zwei Groschen pro Thaler erhoben und
gleich der Steuer selbst beigetrieben werden.

§. 3.

§. 3.

Unsere Kassenbeamten haben sich alles Privatverkehrs mit den Tresor- und Thalerscheinen für eigene Rechnung bei der schwersten Ahndung zu enthalten. Diejenigen, welche irgend eines wucherlichen Geschäfts oder Agiotage mit dieser Münzsorte überwiesen werden, sollen als untreue Kassenbediente behandelt und nach der ganzen Strenge der Gesetze bestraft werden.

§. 4.

Unser Finanzminister wird, in Gemäßheit vorstehender Anordnungen, schnelligst die nöthigen Verfügungen und Instruktionen an alle betreffenden Behörden erlassen. Da diese jedoch in Provinzen jenseits der Weser und der Weichsel bis zum 1sten Mai d. J. nicht mehr gehörig bekannt werden können, so wird für gedachte Provinzen obiger Termin bis zum 15ten desselben Monats verlängert.

§. 5.

Alle übrigen Bestimmungen Unserer Edikte vom 7ten September vorigen und 1sten März dieses Jahres, welche durch gegenwärtige Verordnung nicht aufgehoben sind, bleiben unverändert.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und Beibrückung Unseres Königlichen Insigels.

So geschehen Wien, den 7ten April 1815.

(L. S.)

Friedrich Wilhelm.

E. F. v. Hardenberg. Balow.
